Birgit Fischer, Ministerin für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen

Vortrag zur Fachtagung „Zuwanderer willkommen- und dann?“ vom Land NRW und der Stadt Münster im Stadtweinhaus am 6. November 2003

Integrationsarbeit in Land und Kommune gemeinsam gestalten

I.

Anrede, (insbesondere: - Oberbürgermeister Dr. Tillmann - Gäste aus den Niederlanden)

ich freue mich sehr, dass auch ich Sie heute hier zur gemeinsamen Fachveranstaltung der Stadt Münster und meines Ministeriums in diesen historischen Räumen begrüßen darf.

Ganz besonders freut es mich, dass zahlreiche niederländische Gäste den Weg nach Münster gefunden haben, um an dieser Veranstaltung teilnehmen zu können. Ich möchte Sie hier besonders herzlich begrüßen.

II.

Kontakte NRW - Niederlande

Im August dieses Jahres haben sich an der historischen Stätte des Westfälischen Friedens hier in Münster der niederländische Premierminister Jan Peter Balkenende und der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Peer Steinbrück zu einem ersten Konsultationsgespräch getroffen.

Ein Gegenbesuch von Ministerpräsident Steinbrück in Den Haag ist bereits vereinbart.

Beide Gesprächspartner haben bei ihrem ersten Zusammentreffen in Münster insbesondere die wirtschaftlichen Beziehungen für die Bedeutung der guten Nachbarschaft hervorgehoben.

Sie verständigten sich auf eine Ausweitung der bestehenden guten Zusammenarbeit in verschiedenen Politikfeldern. Diese soll intensiv, pragmatisch, prozessorientiert und ohne feste Strukturziele ausgestaltet sein.

Eines erscheint mir für unsere heutige Konferenz von besonderer Bedeutung:

Die verstärkte Zusammenarbeit beider Länder soll sich neben der Wirtschafts-, Europa- und Verkehrspolitik ausdrücklich auch auf die Integrationspolitik erstrecken. Im integrationspolitischen Kontext stimmten beide Ministerpräsidenten darin überein, dass dem Thema "Integration von Zugewanderten in die Gesellschaft" für die Zukunft der Städte und der Gesellschaft insgesamt eine besondere kulturelle, soziale und wirtschaftliche Relevanz zukommt.

Ebenso sehen sie sich auf eine ähnlich gelagerte Weise mit Integrationsproblemen konfrontiert (Gefahr der Gettoisierung ganzer Stadtviertel, hohe soziale Kosten, Probleme in den Schulen, Kriminalität).

Der Fokus der Zusammenarbeit in der Integrationspolitik zwischen den Niederlanden und Nordrhein-Westfalen soll deshalb auf die präventiven Maßnahmen gerichtet werden.

III.

Anrede,

diese Veranstaltung bietet heute erstmals nach dem Zusammentreffen beider Regierungschefs die Gelegenheit, die bestehenden Kontakte zwischen Nordrhein-Westfalen und den Niederlanden, in zuwanderungs- und integrationspolitischen Fragen zu intensivieren und darüber hinaus neue zu knüpfen.

Beispiele für bestehende Kontakte:

- Bereits im Mai 2001 fand ein Informationsbesuch von Vertreterinnen und Vertretern der Landesregierung bei niederländischen Kommunen (Städte Rotterdam und Dordrecht) statt, bei dem es um die Erfahrungen mit der Umsetzung des niederländischen Gesetzes zur Eingliederung von Neuankömmlingen (WIN-Gesetz) ging.
- Erst am 22. und 23. September 2003 hat eine Delegation des Migrationsausschusses des nordrhein-westfälischen Landtags mit Vertreterinnen und Vertretern der Landesregierung eine weitere Informationsreise in die Niederlande, und zwar nach Rotterdam und Utrecht unternommen. Dieses Mal standen Fragen zur Gemeinwesenarbeit und zur Kriminalprävention im Vordergrund.

Sie sehen: Es besteht bereits reger Austausch zwischen den Niederlanden und unserem Land in Migrations- und Integrationsfragen. Diesen wollen wir heute fortsetzen.

IV.

NRW von Zuwanderung geprägt

Nordrhein-Westfalen ist ein Bundesland, das historisch und aktuell wie kein anderes von Zuwanderung geprägt ist und von ihr profitiert hat.

Hier leben mehr als 1,9 Mio. Menschen ohne deutschen Pass.

Gegenüber dem Ende der 90-er-Jahre geht diese Zahl zurück.

Das ist aber einzig und allein der Tatsache geschuldet, dass mit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts den Zugewanderten von der Bundesregierung das Angebot gemacht wurde, die deutsche Staatsangehörigkeit zu erhalten und dieses von vielen Menschen angenommen worden ist. In den letzten fünf Jahren sind es mehr als 250.000 Frauen, Männer und Kinder, die auf diese Weise von Einwohnern zu Staatsbürgern geworden sind.

Als Zugewanderte leben zwischen Rhein und Weser auch viele Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler.

Alleine seit 1989 sind in Folge der historischen Umbrüche in Osteuropa rund 700.000 deutsche Spätausgesiedelte nach Nordrhein-Westfalen gekommen.

V.

Anrede,

Zuwanderung stellt nicht nur wirtschaftlich und demografisch, sondern auch sozial und kulturell eine Bereicherung für Nordrhein-Westfalen dar.

Die Landesregierung ist bereits seit Jahren nachhaltig dafür eingetreten, die Zuwanderungsrealität in unserem Land anzuerkennen und sie zukunftsorientiert zu gestalten. Die Tatsache, dass wir ein Zuwanderungsland sind, ist zum Glück nicht mehr Gegenstand ideologischer Auseinandersetzungen. Die genannten Zahlen sprechen faktisch eine deutliche Sprache.

Das heißt aber noch lange nicht, dass Staat und Gesellschaft auch darauf eingestellt sind, Zuwanderung und Zuwanderungsfolgen, also Integration, erfolgreich zu steuern und zu gestalten.

Neben der notwendigen Entwicklung einer modernen Zuwanderungspolitik haben wir unser integrationspolitisches Handlungsprogramm dahingehend ausgerichtet, dort zu handeln, wo Integration nicht so verläuft, wie es Interesse der Zuwandernden und der Aufnahmegesellschaft wäre.

Denn das vorrangige Ziel unserer Integrationspolitik liegt in der Minimierung der Zuwanderungsprobleme und Nutzung ihrer Chancen.

VI.

Integrationspolitik NRW

Anrede,

allein auf Grund der beschriebenen Größenordnung der Zuwanderungszahlen nach Nordrhein-Westfalen wird die Integration der Zugewanderten in unserem Land als zentrale Aufgabe der Landespolitik wahrgenommen. Aber nicht nur die Quantität der Zuwanderung in Nordrhein-Westfalen, sondern auch die qualitative Bedeutung von Integration rückt die Integrationspolitik in den Fokus der Landespolitik.

Schon seit Jahren genießt sie einen hohen Stellenwert in unserem Land. Integration als Querschnittsaufgabe wird von uns als interaktiver Prozess zwischen Zuwanderern und Aufnahmegesellschaft verstanden, der sowohl eine Integrationsleistung der Zuwanderer als auch eine Veränderung der aufnehmenden Gesellschaft beinhaltet.

Ich möchte Ihnen an dieser Stelle einige integrationsbezogene Politikansätze der Landesregierung kurz benennen, da sie auch auf kommunaler Ebene – dem "Ort" des Integrationsprozesses – bedeutsam sind:

- Integration als (gesellschaftliche) Querschnittsaufgabe
- Stärkung der Integrationsfähigkeit und Integrationsbereitschaft
- Grundsatz "Fördern und Fordern"
- Integration zum frühestmöglichen Zeitpunkt
- Sprachförderung und Überwindung von Sprachbarrieren
- Integrationshilfen für alle Zuwanderinnen und Zuwanderer
- Soziale Orientierung
- Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und politischen Partizipation
- Förderung eines konfliktfreien Zusammenlebens von Zugewanderten und Alteingesessenen, von Deutschen und Nichtdeutschen im Stadtteil, in der Gemeinde
- Förderung der Chancengleichheit und Gleichberechtigung.

Diese Ansätze werden untermauert durch die Integrationsoffensive des Landtags NRW, die bundesweit ihresgleichen sucht.

Als fraktionsübergreifende Handlungsplattform bildet sie das Fundament für die Integrationspolitik unseres Landes.

Sie ist ein ganzheitliches Integrationsprogramm, das Ziele beschreibt und Forderungen aufstellt, die alle politischen Handlungsebenen und alle gesellschaftlichen Bereiche betreffen.

Dieses Integrationsprogramm sieht die Kommunen als einen verlässlichen Partner einer erfolgreichen Integration. So zeigt die Integrationsoffensive die wichtige Funktion der Kommunen als Träger der Stadtentwicklung auf. In diesem Zusammenhang fordert sie eine verstärkte Einbeziehung der Migrantvertretungen (u. a. Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantvertretungen NRW, Landesbeirat

für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen, Ausländerbeiräte) bei der Stadtentwicklungsplanung zur Berücksichtigung der Integrationsbelange.

VII.

Anrede,

Integration "vor Ort"

Integration ist nach wie vor ein aktuelles Thema.

Denn mit der Dauer der Zuwanderung haben sich die damit verbundenen Probleme nicht automatisch gelöst:

Mangelnde Sprachkenntnisse und fehlende Ausbildungs- und Arbeitsplätze kennzeichnen oft die Situation. Hinzu kommt, dass es trotz zunehmender Aufgeschlossenheit der aufnehmenden Gesellschaft oft noch Vorbehalte gegenüber Zugewanderten gibt. Hier bleibt auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene noch Einiges zu tun.

Denn: Integrationspolitik liegt nicht allein in der Hand unseres Landes. Auf der örtlichen Ebene kommt den Kommunen eine besondere Verantwortung zu. Gerade die Kommunen spielen bei der Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern eine zentrale Schlüsselrolle.

Lassen Sie es mich ganz deutlich sagen: Integration findet vor Ort in den Kommunen statt. Im örtlichen Kontext entscheidet sich Erfolg oder Misserfolg in der Integration: in den Städten und Gemeinden, den Stadtteilen und Wohnvierteln, den Schulen, den Einrichtungen der Erwachsenenbildung und auf dem lokalen Berufsbildungs- und Arbeitsmarkt.

Integrationspolitik ist daher in erster Linie eine kommunale Aufgabe.

Die Integration der Zugewanderten ist eine wichtige Voraussetzung für eine zukunftsbeständige und nachhaltige Entwicklung unserer Städte und Kreise. Nur in einem friedlichen und demokratischen Miteinander werden wir gemeinsam die Anforderungen der kommenden Jahre bewältigen können. Die Städte und Gemeinden Nordrhein-Westfalens stehen deshalb schon heute vor der Herausforderung, das Thema "Zuwanderung und Integration" als eine komplexe, querschnittsorientierte und alle Aspekte kommunaler Politik berührende Aufgabe wahrzunehmen.

Und diese integrationspolitischen Anforderungen an die Kommunen werden zunehmen. Die demografische Entwicklung in unserem Land wird dazu führen, dass in den nächsten Jahren große Teile vor allem der Stadtbevölkerung einen Migrationshintergrund haben werden.

In zahlreiche Kommunen in Nordrhein-Westfalen, die bereits jetzt schon über einen hohen Migrantenanteil verfügen, werden Integrationsaufgaben schon jetzt mit großem Engagement und Kreativität wahrgenommen. Andererseits gibt es Städte, Kreise und Gemeinden, die auf die Situation eines steigenden Zuwandereranteils in der Einwohnerschaft und ihren Folgen in zahlreichen Bereichen des Zusammenlebens vermutlich noch unzureichend eingestellt sind.

Die Landesregierung bietet den Kommunen Hilfe bei der Bewältigung ihrer Integrationsaufgabe an. In einer Reihe von Kommunen sind, teilweise mit finanzieller Unterstützung des Landes oder / und des Bundes, unterschiedliche Organisationsformen für die Wahrnehmung von Integrationsaufgaben erprobt und auch bereits evaluiert worden (Essen, Dorsten, Duisburg, Dortmund). Einige diese Modellprojekte möchte ich Ihnen kurz vorstellen.

Auf der Grundlage der Integrationsoffensive des Landtags fördert mein Ministerium zum Teil in Zusammenarbeit mit Bund und Kommunen den Abschluss von Integrationsvereinbarungen mit den Zuwanderinnen und Zuwanderern. Dabei wird ein Integrationskontrakt, eine Art Zielvereinbarung abgeschlossen. In diesen Integrationskontrakten werden die Rechte und Pflichten beider Vertragspartner festgeschrieben. Die Kommune tritt als Dienstleister und der Zuwanderer als Leistungsempfänger auf. Die Integrationskontrakte sind privatrechtlicher Natur, so dass kein hoheitliches Verhältnis zwischen Kommune und Zuwanderer aufgebaut wird.

Die kommunalen Ebenen sind also fördernd aktiv. Sie sorgen für ein quantitativ und qualitativ angemessenes Integrationsangebot für die Zuwanderinnen und Zuwanderer. Demgegenüber wird die aktive Teilnahme vom einzelnen Zuwanderer gefordert; dazu geht er vertragliche Verpflichtungen ein. Die Zuwanderin / der Zuwanderer wird somit zur handelnden Person und nicht zu einem Objekt hoheitlichen Verwaltens.

Mehr Informationen werden Sie hierzu heute Nachmittag von Herrn Pogadl – Sozialdezernent der Stadt Dortmund - in einem der angebotenen Workshops erhalten.

Auch die Freien Wohlfahrtsverbände bedienen sich in verschiedenen Modellprojekten zur Erprobung neuer Formen der Integrationsförderung der Hilfe von Integrationsverträgen. Dabei soll erprobt werden, inwieweit mit weitgehend eigenen Ressourcen der Freien Wohlfahrtspflege eine Integrationsförderung, und Beratung sowie eine Eingliederungsplanung durch das vorhandene eigene Beratungsstellennetz und das der Verbände der Jugendsozialarbeit geleistet werden kann. Dabei werden diese Handlungsebenen durch den Abschluss von Integrationsvereinbarungen und die Erstellung individueller Förderpläne flankiert.

Den Zuwanderinnen und Zuwandern werden Angebote zur Orientierungsplanung und zum Erwerb der deutschen Sprache gemacht, es wird ein Integrations-Förderplan aufgestellt und es erfolgt eine sozialpädagogische Begleitung. Information über Sozialleistungen und Beratung sind ebenso wichtig wie die Vermittlung in den Arbeitsmarkt. Dabei wird eng mit den jeweiligen Kommunen zusammengearbeitet. Die Evaluation dieser Modellprojekte, die das Landeszentrum für Zuwanderung durchführt, wird ebenfalls von meinem Haus unterstützt. Der Abschlussbericht soll im Frühsommer 2004 vorliegen.

Mit dem sogenannten "Essener Modell" wurden bereits im Jahr 1999 auf der Basis eines Ratsbeschlusses aus 1996 neue Wege interkultureller Stadtpolitik beschritten. Das „Konzept interkultureller Arbeit“ ist hier in Bezug auf Konzeptauftrag, Beteiligungsverfahren, Prozesssteuerung und Umsetzungsverfahren ein sehr gutes Beispiel innovativer Stadtentwicklungspolitik. Es zeigt uns, wie sich Integration und interkulturelles Zusammenleben entwickeln kann.

Herr Dr. Schweitzer – Leiter der RAA Essen – wird Sie in einem weiteren Workshop heute Nachmittag ausführlich darüber informieren.

VIII.

Anrede,

mit diesen Modellprojekten werden neue Wege der Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern beschritten. Wir müssen uns aber bei allen Projekten eines vergegenwärtigen:

Am ehesten gelingt Integration, wenn sie zum frühestmöglichen Zeitpunkt einsetzt. Dabei fördern insbesondere Sprachvermittlung und Angebote der sozialen und beruflichen Orientierung die Integration.

Wir wollen gemeinsam mit der Bundesregierung und den Kommunen im Land dafür sorgen, dass den Menschen, die neu zu uns kommen, so früh und so umfassend wie möglich der Zugang zur deutschen Sprache und zu den notwendigen Handlungskompetenzen im alltäglichen Umgang mit Rechten und Pflichten, mit der Kultur unseres Landes und mit seiner Geschichte eröffnet wird. Dabei setzen wir darauf, dass das Zuwanderungsgesetz mit seinen Regeln für die Integrationsförderung durch den Urteilsspruch des Bundesverfassungsgerichts vom 18. Dezember letzten Jahres nicht aufgehoben, sondern lediglich aufgeschoben ist. Das Gesetz befindet sich seit September im Vermittlungsausschussverfahren.

Sollte das Zuwanderungsgesetz in seiner vorliegenden Fassung in Kraft treten, werden auf die Kommunen neue integrative Aufgaben zukommen.

Diese sollen vorrangig den ordnungsrechtlich agierenden kommunalen Stellen den - Ausländerbehörden – obliegen.

Der zu erwartende Aufgabenzuwachs der Kommunen hatte den Deutschen Städtetag im August 2002 veranlasst, die Innen- und Sozialminister der Länder um Unterstützung der Kommunen bei der Umsetzung des Zuwanderungsgesetzes zu bitten. Ich bin dieser Bitte unverzüglich nachgekommen und habe die Initiative ergriffen, Lösungsansätze im Einvernehmen mit den kommunalen Spitzenverbänden zu erarbeiten.

In diesem Zusammenhang hat sich unter der Federführung meines Ministeriums Ende des letzten Jahres eine Arbeitsgemeinschaft „Integrationskurse“ gebildet. Sie setzt sich aus Vertreterinnen und Vertretern der kommunalen Spitzenverbände, des Landesverbandes der Volkshochschulen NRW, der Freien Wohlfahrtspflege, des Innenministeriums und meines Ministeriums zusammen.

Diese Arbeitsgruppe hat vorrangig den Auftrag, Orientierungshilfen und Empfehlungen für die Kommunen zur Umsetzung der Integrationskursverordnungen für Ausländer und Aussiedler im Zuge des Inkrafttretens des Zuwanderungsgesetzes zu erarbeiten.

Das Land kann und will den Kommunen ein Tätigwerden nicht vorschreiben. Das verbietet allein schon die kommunale Selbstverwaltung. Wir wollen aber informieren, anregen und motivieren.

Deshalb wurde die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (KGSt.) von meinem Hause beauftragt, Handlungsempfehlungen für die Kommunen in Form eines "Organisationshandbuches Integration" auf der Basis von best-practice-Beispielen zu erstellen.

Die Intention dieses "Organisationshandbuches Integration" liegt u. a.

- in der Beschreibung effektiver und effizienter Organisationslösungen für große und kleine Kommunen,
- in der Darstellung der Instrumente und Vorgehensweisen zur Einführung, den Kosten und Nutzen der Lösungen und
- schließlich in der Vermittlung von Hinweisen auf die Erfolgsfaktoren von Integrationsarbeit.

IX.

Fachveranstaltung

Mit der heutigen gemeinsamen Fachveranstaltung wollen wir Antworten auf folgenden Fragestellungen geben wie:

- Wie kann eine erfolgreiche und effektive Integration auf Dauer gelingen?
- Was muss dafür jetzt und in Zukunft getan werden?

- Welches sind die Faktoren, die neuen Impulse und Anreize für eine wirkungsvolle Integrationsarbeit vor Ort?
- Wie kann die gesellschaftliche Partizipation von Zugewanderten auch unter erschwerten Bedingungen sichergestellt und optimiert werden?
- Wie können Maßnahmen vor dem Hintergrund der erheblich belasteten öffentlichen Haushalte wirksam gestaltet werden?

X.

Anrede,

es gibt viele gute unterschiedliche Ansätze der interkulturellen Orientierung in den Kommunen. Doch sind meines Erachtens die Möglichkeiten der Kommunen längst noch nicht ausgeschöpft. Viele Integrationsmodelle sind untereinander nicht bekannt. Deshalb ist ein Erfahrungsaustausch – wie er heute hier stattfindet – außerordentlich wichtig. Ziel ist vor allem eine bessere Vernetzung.

In diesem Zusammenhang bin ich natürlich gespannt zu erfahren, was unsere niederländischen Gäste für Erkenntnisse aus ihrem langjährigen integrationspolitischen Fundus vorbringen und zur Diskussion stellen. Als Land verfolgen wir mit großer Aufmerksamkeit, wie in den Niederlanden der Paradigmenwechsel in der Zuwanderungs- und Integrationspolitik vonstatten geht. Denn meines Wissens wird dieses Politikfeld nunmehr sehr stark dem der inneren Sicherheit unterworfen.

Bemerkenswert ist die Tatsache, dass sich die Zuwanderergruppen in den Niederlanden und in unserem Land ähneln:

- In den Niederlanden sind es Zuwanderer mit niederländischer Staatsangehörigkeit (aus Übersee) und mit ausländischem Status.
- In NRW sind es Zuwanderer mit deutscher Staatsangehörigkeit (Spätaussiedler) und mit ausländischem Status.

Vor diesem Hintergrund bewegen mich unter anderem folgende Fragen:

- Weisen die Zuwanderergruppen in den Niederlanden gleichgelagerte Integrationsprobleme auf? (In NRW ist das weitgehend der Fall.)
- Wird in den Niederlanden eine nach Zuwanderergruppen differenzierte Integrationspolitik betrieben oder wird zwischen den Personengruppen nicht unterschieden?

Mich interessiert zudem, ob die seit langem intensiv betriebene Antidiskriminierungspolitik in den Niederlanden Früchte trägt? Denn unser Land will seine aktive Antidiskriminierungspolitik verstärkt an der niederländischen Politik ausrichten.

Es wird Ihnen heute die Gelegenheit gegeben, über bewährte Ansätze ausgewählter kommunaler Integrationsmodelle zu reflektieren. Die unterschiedlichen Workshops bieten Ihnen die Möglichkeit, Ansätze, Erfahrungen und bisherige Ergebnisse unterschiedlicher kommunaler Modelle koordinierter Integrationsarbeit zu beraten und zu erörtern.

Ich freue mich sehr, dass Sie unser heutiges Gesprächs- und Diskussionsangebot so zahlreich nutzen wollen.

XI.

Binationales Integrationsprojekt der Städte Münster und Enschede

Anrede,

Diese Veranstaltung soll auch Auftakt für ein binationales Projekt zwischen den EUREGIO – Städten Münster und Enschede mit dem Titel "Entwicklung und Optimierung kommunaler Integrationsmodelle für Zuwanderer bzw. Neueinwanderer in Münster und Enschede" sein.

Auf Grund der von mir bereits eingangs erwähnten guten partnerschaftlichen Kontakte beider Länder im zuwanderungs- und integrationspolitischen Bereich, entstand in meinem Ministerium die Idee für ein binationales Integrationsprojekt zweier grenznaher Kommunen.

Anlass war die Überlegung, in der EUREGIO-Region eine grenzüberschreitende Partizipation an den jeweiligen Integrationsmodellen zweier ausgesuchter Kommunen zu ermöglichen. Dies insbesondere vor dem Hintergrund der Erfahrungen einer niederländischen Kommune mit dem WIN-Gesetz (Gesetz zur Einbürgerung von Neueinwanderern) und der "Regelung Einbürgerung Alteinwanderer". Dabei soll niederländisches und deutsches Wissen über bisheriges und aktuelles Know-How im gesamten Migrationsbereich zusammengeführt werden.

Den Förderansatz für dieses Projekt bietet die Gemeinschaftsinitiative INTERREG III A der europäischen Union. Diese Gemeinschaftsinitiative ermöglicht auch die "Förderung der sozial-kulturellen Integration". Dadurch werden grenzüberschreitende Initiativen zum Beispiel zur Eingliederung gesellschaftlich benachteiligter Gruppen ermöglicht.

Ziel dieses Projektes ist die Einrichtung und Förderung eines grenzüberschreitenden Informations- und Erfahrungsaustausches. Dadurch soll ein optimiertes kommunales Integrationsmodell für Neuzuwanderinnen und Neuzuwanderer entwickelt werden. Mit der Einführung von Indikatoren sollen die Wirkungen der Integration in Münster und Enschede deutlich aufgezeigt werden kann. Dieses soll aber universell und nicht nur lokal einsetzbar sein und die Resultate lokaler Integrationsinitiativen feststellen.

Beide Kommunen wollen mit Hilfe von "Integrationslotsen" Zuwanderinnen und Zuwanderern eine optimale Integration ermöglichen. Dazu soll mit ihnen eine Integrationsvereinbarung geschlossen werden. Zu dem will Münster das bestehende kommunale Netzwerk für Integration erweitern und einen von den gesellschaftstragenden Institutionen dieser Stadt unterstützten integrationspolitischen Konsens erarbeiten. Dieser soll die Grundlage für ein Wohnkonzept für Zuwanderer bilden.

Enschede will demgegenüber die anvisierte Privatisierung der Integrationsarbeit nebst Finanzmittelbündelung modellhaft steuern, das Integrationsnetzwerk sichern sowie sich an dem Projektteil "Wohnen" der Stadt Münster beteiligen.

Die Arbeit beider Städte wird jeweils wissenschaftlich begleitet. In enger Kooperation werden die deutschen Wissenschaftler – Prof. Dr. Dietrich Thränhardt (heutiger Referent) und Prof. Dr. Paul Reuber (beide von der Universität Münster) - und der niederländische Wissenschaftler – Prof. Dr. E. Snel (heutiger Referent) von der Universität Twente – eng zusammenarbeiten.

Ich hoffe, dass diesem ehrgeizigen, innovativen, grenzübergreifenden INTERREG – Projekt auf der Sitzung des Lenkungsausschusses der EUREGIO in der nächsten Woche ein positives Votum zuteil wird. Dann werden wir uns im Rahmen dieses Projektes – voraussichtlich 2005 – zu einem weiteren binationalen Fachkongress wiedersehen.

Ich wünsche dieser Veranstaltung einen guten Verlauf und einen regen Erfahrungsaustausch.